

Vorwärts

10 Pfennig

Mittwoch

9. Februar 1927

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhof 292 - 297

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Offener Brief.

An den Reichsinnenminister von Reudell!

Herr von Reudell hat in der Reichstagsführung vom 5. Februar den Vertrauensmann des Sonderarbeiterverbandes im Kreise Königsberg (Neumark), den Genossen Sasse, als unglaubwürdig bezeichnet. Genosse Sasse, der seit 18 Jahren Parteigenosse ist, seit 1919 Kreisabgeordneter des Kreises Königsberg (Neumark), richtet an Herrn von Reudell den nachfolgenden Offenen Brief:

Herr Reichsinnenminister von Reudell! Sie haben die Stirn gehabt, mich in der Reichstagsführung vom Sonnabend, 5. Februar 1927, als unglaubwürdig zu bezeichnen. Sie haben behauptet, daß ich der Vertrauensmann des Reichstagsabgeordneten Genossen Landsberg sei. Es ist nicht ehrenhaft, wenn ein Reichsminister, um sich zu rechtfertigen, einen Gleisarbeiter im Dorfe Neuenhagen-Neumark als unglaubwürdig bezeichnet, der ihm im Reichstag nicht sofort entgegengetreten kam.

Sie haben zu dieser Behauptung keinen anderen Anlaß, als daß ich Sozialdemokrat bin. Sie kennen mich sehr genau. Ich bin Ihnen in den Wahlkämpfen der letzten Jahre im Kreise oft als Diskussionsredner entgegengetreten.

Zu Ihren Behauptungen: Ich habe mich mit dem Reichstagsabgeordneten Genossen Landsberg über die Tätigkeit des früheren Sondrats Reudell in der Zeit des Rapp-Putschs niemals unterhalten, weder mündlich noch schriftlich. Sie können nicht bestreiten, daß Sie mir in einem Strafprozeß, der wegen Aufruhrs und Landfriedensbruchs im Jahre 1920 gegen mich geführt wurde, ein gutes Zeugnis unter Eid ausstellen mußten.

Wenn Sie trotzdem Ihre Behauptung der Unglaubwürdigkeit aufrechterhalten, so weise ich sie auf das Entschiedenste zurück. Auch ein Minister hat nicht das Recht, einem Arbeiter ohne jeden Beweis die Ehre abzuschnelden, indem er ihn der Unglaubwürdigkeit bezichtigt.

Ich erinnere Sie daran, daß Sie während des Rapp-Putschs auch die Saldern-Brücke durch Polizei und zeitfreiwillige Studenten bewachen ließen, daß Sie der Bürgerwehr der kleinen Stadt Zehden a. d. O. befohlen haben, in der Nachbarschaft Ihres Gütes Nachtposten aufzustellen zur Sicherung gegen regierungstreue Arbeiter von Neuenhagen-Neumark.

Ich erinnere Sie weiter daran, daß Sie dem Oberlandjäger Rohmann und dem Hilfslandjäger Ludwig befohlen haben, bei den Landarbeitern in Neuenhagen von Haus zu Haus zu gehen und nachzuforschen, ob sie von dem Arbeiter Sasse zum Generalkriegsaufgebot worden seien. Sie wollten mich sofort in Haft nehmen lassen, falls die Beamten eine bejahende Antwort erhielten.

Und Sie, Herr von Reudell, jetzt republikanischer Reichsinnen-

minister, haben die Stirn, mich als unglaubwürdig zu bezeichnen, um sich zu rechtfertigen gegenüber den gerechten Anklagen, die gegen Sie erhoben worden sind!

8. Februar 1927. Karl Sasse, Neuenhagen-Neumark.

Reudell als Olympiaführer.

Zur Ergänzung unserer Mitteilungen über Herr v. Reudell als Herbergsoater der Olympia fügen wir hinzu, daß Herr v. Reudell eine der Nachführungen der Olympialeute, die im Herbst 1926 auf dem Vorwerk von Hohensalchow einquartiert waren, persönlich geleitet hat.

Burlage - ein Maulheld!

Im deutschnationalen „Tag“ lesen wir: „Der „Vorwärts“ grüßt jetzt eine Rede des Zentrumsgewerkschaften Burlage aus, die dieser in der Rumpfsitzung der geistlosen Nationalversammlung in Stuttgart hielt. Diese Kraftfuge aus der Erregung des Augenblicks beweisen natürlich gar nichts. Männer, die wie Reudell auf ihrem Posten blieben und ohne Rücksicht auf den Streit der Parteien für Ruhe und Sicherheit sorgten, haben viel mehr geleistet, als alle Maulhelden im sicheren Winkel.“

Die offen zur Schau getragene Sympathie der deutschnationalen Presse für die Rapp-Verbrecher und die systematische Beschimpfung der Nationalversammlung und der rechtmäßigen Regierung von 1920 geben Herrn von Reudell besonderes Relief.

Ablenkungsmanöver.

Die „Deutsche Tageszeitung“ behauptet, im Kreise Striegau in Schlesien habe während des Rapp-Putschs ein sozialdemokratischer Landrat Daubenthaler genau wie Herr von Reudell die Rapp-Verordnungen veröffentlicht und unterzeichnet. Er sei heute Landrat.

Wir kennen die Angelegenheit Daubenthaler nicht. Behauptet es sich so, wie die „Deutsche Tageszeitung“ behauptet, so würden wir den Landrat Daubenthaler für den Posten des Reichsinnenministers als nicht qualifiziert halten. Das ist der springende Punkt!

Reudelldebatte voraussichtlich Freitag.

Wenn Marx fertig ist!

Der Vorkommensauschuss des Reichstags beschloß, die kommunistische Interpellation über den Fall Reudell auf die Tagesordnung der Reichstagsführung am nächsten Freitag zu setzen unter der Voraussetzung, daß bis dahin Reichsminister Marx die angekündigte Untersuchung abgeschlossen hat.

Wenn die Arbeiter sehen, wie ihre Klassengenossen wegen politischer Delikte behandelt werden und wie es auf der anderen Seite den hochgeborenen Kapitalisten im Deutschen Reich geht, können sie da noch an gleiches Recht glauben?

Regierungssieg in Portugal.

Oporto besetzt.

Madrid, 9. Februar. (W.B.) Nachrichten, die um Mitternacht hier eintrafen, bestätigen, daß der portugiesische Kriegsminister gestern nachmittags Oporto mit regierungstreuen Truppen besetzt hat.

Tschangtsolin gegen Kanton.

Eine Kundgebung.

Peking, 8. Februar. (W.B.) Tschangtsolin hat eine Bekanntmachung erlassen, in der er Ausrechterhaltung der Souveränitätsrechte Chinas, Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung, Zusammenarbeit zwischen Kapital und Arbeit, Entwicklung des Verkehrswezens und Rechtsreformen ankündigt. Er geißelt den extremen Radikalismus, der unter dem Einfluß gewisser Agenten einer fremden Macht, die das unglückliche chinesische Volk auf solche Wege führe, in Süchina in Erscheinung trete, und übernimmt die Verpflichtung, Leben und Eigentum der Ausländer zu schützen und die Finanzlage Chinas sicherzustellen. Die Kundgebung sagt weiter: Gleichheit und internationale Behandlung sind die einzigen Gewähr für den Weltfrieden. Unsere Pflicht gegenüber Ausländern, die in China wohnen, ist, ihr Leben und Eigentum zu schützen.

Reichsgericht und Schwarze Reichswehr.

Ein Zuchthausurteil.

Am Montag wurden vom 4. Strafsenat des Reichsgerichts die Arbeiter Reinhard und Niehoff aus Halberstadt zu zweieinhalb Jahren und einem Jahr, acht Monaten Zuchthaus verurteilt. Sie sollen „Vorbereitung zum Hochverrat“ und „versuchten Verrat militärischer Geheimnisse“ dadurch begangen haben, daß Reinhard, der Kommunist ist, den Niehoff anstiftete, einen Reichswehrsoldaten zur Herausgabe militärischer Befehle zu bewegen. Der Soldat meldete den Vorfall einem Vorgesetzten, und damit kam die Sache ins Rollen.

Die Angeklagten erklärten die Aussage des Soldaten für falsch. Es habe sich ihnen lediglich darum gehandelt, Material über die Schwarze Reichswehr und ihre Waffenversorgung für den Gemeindeforschung des Reichstags zu sammeln. Zur Begründung des Urteils soll nach dem Bericht der „Roten Fahne“ der Vorsitzende ausgeführt haben:

„Wenn extreme radikale Parteien sich Nachrichten, die im Interesse der Landesverteidigung geheimgehalten sind - Nachrichten über die Schwarze Reichswehr und deren Waffenversorgung - zu beschaffen versuchen, so untergraben sie im Verborgenen die Schlagkraft des Heeres nach außen, obwohl sie nur beabsichtigen, sie für den Bürgerkrieg zu gebrauchen.“

Man muß schon Mitglied des 4. Strafsenats des Reichsgerichts sein, um nicht zu bemerken, daß die kommunistische Partei die Träume von der Eroberung der Macht im Bürgerkrieg längst aufgegeben hat. Das Ungeheuerlichste an dieser „Begründung“ aber - die Richtigkeit des Berichtes der „Roten Fahne“ vorausgesetzt - ist die Behauptung, daß die Schlagkraft des Heeres nach außen durch Sammlung von Nachrichten über die Schwarze Reichswehr untergraben wird.

Die Schwarze Reichswehr war eine ungesetzliche Einrichtung. Wer sie förderte, verging sich gegen das Gesetz. Diese ungesetzliche Einrichtung und ihre Förderer sollen aber unter den Schutz des Gesetzes gestellt sein, und wer sie stört, soll dafür ins Zuchthaus wandern?! Nun ist aber - nicht wahr! - die Schwarze Reichswehr völlig beseitigt, das Interesse an ihr ist nur noch ein historisches, durch Enthüllungen über sie kann also die Schlagkraft des Heeres gar nicht mehr untergraben werden. Welche Interesse hat das Reichsgericht, eine Einrichtung zu schützen, die gar nicht mehr besteht?

Wirtschaftskrieg mit Polen?

Gründe und Vorwände.

Wir berichteten bereits, daß in den Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und Polen eine ernste Krise entstanden ist. Die Verhandlungen kommen seit Monaten nicht vom Fleck. Die deutschen Unterhändler legen besonderes Gewicht auf eine vertragliche Regelung von Einreise, Aufenthalt und Niederlassung deutscher Staatsangehöriger in Polen. Selbstverständlich war dabei, daß man auch die notwendigen Erleichterungen für den deutschen Warenexport zu erwirken suchte, die in jedem Handelsvertrag die Kernfrage darstellen.

Nachdem man nun Monate, selbst Jahre fruchtlos verhandelt hat, ist jetzt eine scharfe Zuspitzung eingetreten, deren Hintergründe nicht ganz durchsichtig sind. Polen hat plötzlich eine Reihe von deutschen Reichsangehörigen ausgewiesen und die deutsche Regierung glaubt, daß diese Schikane, übrigens nur ein Glied in der Kette anderer Fälle, nur so deuten zu können, daß deutsche Unternehmungen in Polen geschwächt und vernichtet werden sollen. Das amtliche Kommuniqué, das dazu ausgegeben wurde, erklärt, daß das Verhalten polnischer Amtstellen in der wichtigen Frage der Niederlassung lediglich aus nationalistischen Rücksichten hervorgehe, daß es jedem internationalen Rechtsempfinden wider spreche und daß es weiteren Verhandlungen jeden Zweck und Sinn nehme. Sie hat gegen die Ausweisung protestieren lassen. Entgegen einer früheren Forderung, daß die Polen ihre Maßnahmen aufgeschoben hätten, wird jetzt betont, daß das nicht der Fall sei.

Auf der polnischen Seite haben sich die Streitpunkte während der langen Verhandlungen wiederholt verschoben. Ursprünglich war es die Einfuhr polnischer Kohle nach Deutschland, die die größten Schwierigkeiten bereitete. Später traten die Fragen der Ausfuhr polnischer Lebensmittel nach Deutschland mehr in den Vordergrund. Zugabe ist, daß die Lage der deutschen Unterhändler dabei eine außerordentlich schwierige war. Denn gerade bei den Tarifverhandlungen zeigte sich, daß Polen dem Export deutscher Waren geradezu unübersteigbare Zollmauern entgegenstellt hatte, daß es aber durchaus nicht geneigt war, wesentliche Zugeständnisse zu machen, wenn Deutschland den polnischen Bariner Erleichterungen für den Absatz seiner agrarischen Produkte gewährte. Immerhin war das der Punkt, an dem man die Polen zwingen konnte, Farbe zu bekennen, ob sie wirklich einen Handelsvertrag wollten oder nicht. Durch die Bildung der Bürgerblockregierung scheint jetzt eine Wendung eingetreten zu sein, die den polnischen Unterhändlern jede Aussicht nimmt, in den Agrarfragen etwas zu erreichen. Die drohenden Wendungen, die der Führer der Deutschnationalen, Graf Westarp, in seiner Rede zum Regierungsprogramm Polen gegenüber gebraucht hat, die Betonung des landwirtschaftlichen Zollschutzes in den Äußerungen der jetzt führenden Politiker des Reichslandbundes, so insbesondere des Ernährungsministers Schiele, waren in der Tat geeignet, das Interesse der polnischen Delegation an weiteren Verhandlungen wesentlich zu schwächen. Daher bleibt die Frage offen, ob nicht die Verhandlungen ohnedies in der nächsten Zeit zum Abbruch gekommen wären.

Die unentschiedenen Uebergriffe der Polen gegen das Deutsche jenseits der Grenzen, die Duldung von Ausschreitungen selbst gegen sozialdemokratische Führer, die fortgesetzten Schikanen gegen deutsche Siedler und Gewerbetreibende in Polen stellen in der Tat nur ein Glied in dem ganzen System eines Staates dar, der nach außen hin nationalistische Politik treibt und wirtschaftlich sich isolieren will, um hinter den Zollmauern eine möglichst starke eigene Industrie hochzuzüchten. Polen wußte seit Wochen, wie die letzten Ausweisungen ausgefaßt werden würden, hat sie aber trotzdem nicht rückgängig gemacht. Daraus können die deutschen Verhandlungsführer das Recht herleiten, das polnische Vorgehen als eine Herausforderung zu betrachten. Trotzdem ist es fraglich, ob die deutsche Regierung recht damit handelt, diese Herausforderung anzunehmen und nun die Verhandlungen, die letzten Endes auf Wirtschaftsfragen abzielen, an Gründen des diplomatischen Prestiges scheitern zu lassen. Bei den letzten Ausweisungen handelt es sich überwiegend um Leute, die nicht in Polen dauernd ansässig waren, sondern um solche, die eine befristete Aufenthaltserlaubnis hatten und die daher der Ausweisung verfielen, wenn diese Aufenthaltserlaubnis nicht erneuert wurde. Im Verhältnis zu vielen anderen Uebergriffen, die man von Polen hingenommen hat, ist also der jetzige keine weiterführende Angelegenheit. Man scheint vielmehr auf beiden Seiten verhandlungsmüde zu sein und sucht aus der verfahrenen Situation herauszukommen, indem man dem anderen die Gründe für den drohenden Abbruch der Verhandlungen zuschiebt.

Der Wiederbeginn des deutschpolnischen Wirtschaftskrieges steht demnach bevor. Man muß sich fragen, ob die deutschen Unterhändler alles getan haben, um diese für große Kreise der deutschen arbeitenden Bevölkerung bedenkliche und für den Arbeitsmarkt nachteilige Entwicklung zu verhindern. Zum mindesten scheint es, daß der Führer der deutschen Delegation, Staatssekretär Lewald, nicht mit übermäßigem Geschick vorgegangen ist. Nach der Kritik, die darüber auch in industriellen Kreisen laut geworden ist, sind tatsächlich manche Gelegenheiten in der Verständigung

Morgen abend
Profesiversammlung
im Sportpalast.

